

STADT IM BLICK

Trier auf dem Weg zur Kreislaufstadt



EINFÜHRUNG

Die kommunalen Herausforderungen werden stets komplexer und Kommunen müssen immer schneller auf teils unvorhergesehene Ereignisse wie Klimawandel und Ressourcenknappheit, Lärmbelastung, Luft- und Wasserverschmutzung, Zu- und Abwanderungen, demografischer Wandel, regionale Disparitäten und technische Entwicklungen reagieren, bei gleichzeitig begrenzten Haushalts- und Personalressourcen. Die kommunalen Themenfelder von der Abfallwirtschaft über Industrie, Lebensmittel, Tourismus, Verkehr, Ver- und Entsorgung bis hin zur Wirtschaft, sind wichtig und dringend; überall manifestieren sich Handlungsbedarfe. Das macht es Kommunen nicht leicht, sich auf einzelne Zielsetzungen und politische Schwerpunkte zu fokussieren. Gleichzeitig müssen übergeordnete politische Rahmenbedingungen und strategische Ziele sowie die Forderungen nach Beteiligung der Zivilgesellschaft stärker in Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden. Aufgabe der Stadtentwicklung ist es daher, sich intensiv mit Zukunftsthemen auseinanderzusetzen, diese zu bewerten und in die zu erarbeitenden Strategien zu integrieren, um die Stadt resilient, klimaneutral, zukunftsfähig, modern und attraktiv weiterzuentwickeln.

Unabhängig davon, *wie* Kommunen sich aufstellen, um eine Resilienz gegenüber den komplexen und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen zu entwickeln ist klar, *dass* sie jetzt handeln und eigene Handlungsspielräume und -strategien erarbeiten müssen.

Um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren und Abfall möglichst zu vermeiden wurden in den letzten Jahren auf verschiedenen Ebenen eine Vielzahl von Vorschriften, Gesetzen, Strategien und Zielen zum Themenkomplex Nachhaltigkeit und Resilienz erlassen und erarbeitet, so z. B.

- die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs),
- der European Green Deal der EU,
- die Nationale Kreislaufstrategie,
- das Kreislaufwirtschaftsgesetz des Bundes sowie des Landes Rheinland-Pfalz oder
- das Klimaschutzgesetz.

Am 26. Februar 2025 hat die EU-Kommission zudem auf der Grundlage des European Green Deal die Roadmap „The clean industrial deal“ veröffentlicht.¹ Ziel des „Grünen Industriepfades“ ist es, die

¹ Vgl. Europäische Kommission (2025), https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de

Dekarbonisierung² der Industrie voranzutreiben und gleichzeitig deren Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dies sind nur die umfangreichsten der bestehenden Vorschriften, die sowohl von Kommunen als auch Unternehmen zu berücksichtigen sind.

Die oben genannten Regelungen und Vorgaben haben also direkte Auswirkungen auf die Kommunen in Deutschland, denn alle Kommunen in Deutschland sind gehalten, eigene Konzepte zur Umsetzung der nationalen und EU-weiten Vorgaben hinsichtlich Ressourcenreduktion und Dekarbonisierung zu entwickeln und auch umzusetzen. Sie stehen damit vor großen Herausforderungen, denn die zu erreichenden Ziele haben eine große Bandbreite und reichen von einer nachhaltigen Beschaffung, über Klimaneutralität bei Strom und Verkehr, bis zur Transformation der kommunalen Abfallwirtschaft zu einer Circular Economy bzw. zur Transformation der Städte in sogenannte Kreislaufstädte.

Herausfordernd ist in diesem Zusammenhang auch die Vielfalt der Begrifflichkeiten. Nachhaltigkeit und Klimaschutz können demnach als globale und übergeordnete Kategorien angesehen werden, Maßnahmen zur Schaffung von resilienten und umweltfreundlichen Städten und Regionen sind entsprechend Initiativen, die auf diese Ziele hinarbeiten. Die Kreislaufstadt ist eine Maßnahme, die lokal umgesetzt zur globalen Zielerreichung beiträgt. Viele deutsche und europäische Städte stellen sich bereits der Herausforderung, eine Kreislaufstadt zu werden, so auch die Stadt Trier.

Die in den letzten Jahren zunehmende Zahl an Großereignissen wie Hochwasser, Starkregen und Hitzewellen verdeutlicht die großen Herausforderungen für Bund, Land und Kommunen. Die Stadt Trier war im Hinblick auf die Bewältigung des Hochwassers 2021 und die Pandemie organisatorisch gut aufgestellt und institutionell gut vernetzt, um diese Krisen zu bewältigen. Gleichzeitig hat sich mit diesen Ereignissen auch gezeigt, wo noch Handlungsbedarf besteht, um im Hinblick auf den Klimawandel und den Umweltschutz eine resiliente und nachhaltige Kommune zu werden.

Mit der Teilnahme an der Gemeinschaftsstudie „Kreislaufstadt – Chancen für lokale und regionale Resilienz und Wertschöpfung“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (DifU)³ im Zeitraum 2023-2025, hat sich die Stadtentwicklung der Stadt Trier bundesweit mit den teilnehmenden Kommunen vernetzt. Im Fokus standen der interkommunale Informations- und Erfahrungsaustausch zur Entwicklung von ganzheitlichen kommunalen Kreislaufstadtstrategien, das Aufzeigen von Schnittstellen zwischen einer Kreislaufwirtschaftsstrategie und kommunalen Nachhaltigkeitszielen sowie Best Practice Beispiele.

Parallel zur Teilnahme an der Gemeinschaftsstudie erfolgte auf Initiative der Stadtentwicklung auch eine erste verwaltungsinterne Sensibilisierung und die Sicherstellung der themenbezogenen Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung. Die Stadt Trier hat bereits vor den Großereignissen Maßnahmen auf den Weg gebracht und im Nachgang dazu neue Projekte initiiert, um dem Klimawandel zu begegnen und damit wichtige Meilensteine gesetzt.

In dieser Ausgabe von „Stadt im Blick“ widmen wir uns dem Thema Kreislaufwirtschaft und geben einen kurzen Überblick über die wichtigsten Gesetze und Strategien auf Bundes- oder Landesebene in diesem Themenbereich, um darzustellen welche Aufgaben auf die Kommunen zukommen. Im

2 Dekarbonisierung bezeichnet hier das Ziel der Reduzierung oder Eliminierung von Kohlenstoffdioxid (CO₂) und anderen Treibhausgasemissionen in Produktionsprozessen.

3 Vgl. <https://difu.de/projekte/kreislaufstadt-chancen-fuer-resilienz-und-wertschoepfung>

Anschluss daran betrachten wir mögliche kommunale Strategien und stellen dar, welche kommunalen Handlungsspielräume bestehen, um Ressourcen zu schonen und die Umwelt zu wahren. Dabei wird aufgezeigt, welche Maßnahmen durch die Stadt Trier bereits ergriffen wurden oder noch zu ergreifen sind und wie eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung diese Vorgaben berücksichtigt. Abschließend erläutern wir, wie sich die Stadt Trier auf Grundlage bereits bestehender Maßnahmen und Initiativen als Kreislaufstadt darstellen oder hin zu einer Kreislaufstadt entwickeln kann und warum der Schwerpunkt „Nachhaltiges Bauen von Morgen“ dabei im Fokus steht.

DIE ROLLE DER KOMMUNEN

Wie bereits dargestellt, haben Kommunen bei der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben von EU, Bund und Land eine Schlüsselrolle. Nachfolgend werden drei wesentliche Strategien und Gesetze erläutert und deren Auswirkungen auf die Kommunen dargestellt.

Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2015 haben sich die Mitgliedsländer der Vereinten Nationen in ihrer Agenda 2030 auf 17 globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) geeinigt, auf deren Grundlage die Bundesregierung im Anschluss die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet und inzwischen (2021 und zuletzt 2025) weiterentwickelt hat.⁴ Unter dem Titel „Transformation gemeinsam gerecht gestalten“ sind in der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2025 folgende Schwerpunkte aufgeführt:

- Menschliches Wohlbefinden und soziale Gerechtigkeit
- Energiewende und Klimaschutz
- Kreislaufwirtschaft
- Nachhaltiges Bauen und nachhaltige Mobilität
- Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme
- Schadstofffreie Umwelt

Diese Schwerpunkte sollen als praktische Orientierung für nachhaltiges Handeln in Politik, Verwaltung und Gesellschaft fungieren und basieren auf den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen. Die Bundesländer und die Kommunen haben im Hinblick auf die Steuerung und Umsetzung der Prozesse sowie auf die Beteiligung der Gesellschaft, Institutionen und Vereinen eine Kernfunktion inne und damit große Herausforderungen zu bewältigen.

Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Rheinland-Pfalz⁵ orientiert sich entsprechend an der Agenda 2030 und an der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

⁴ Vgl. <https://www.bmu.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/nachhaltigkeitsstrategie>

⁵ Vgl. <https://www.rlp.de/themen/regierungsschwerpunkte/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsstrategie-rheinland-pfalz>

Klimaschutzgesetz

Am 17. Juli 2024 ist die Klimaschutz-Novelle in Kraft getreten. Sie gibt gesetzlich verbindliche nationale Klimaziele an und sieht vor, dass Deutschland bis 2045 treibhausneutral sein soll. Ergänzt wird es durch ein Klimaschutzprogramm, in dem Maßnahmen vorgegeben werden, um diese Ziele zu erreichen, wie z. B. die Festlegung von Treibhausgasbudgets für die Sektoren Verkehr, Energie, Industrie, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft.

Bei der Umsetzung der Klimaziele sind insbesondere Kommunen gefragt bzw. in der Pflicht, da diese im Rahmen der ihr zugewiesenen Aufgaben die größten Handlungsmöglichkeiten besitzen. Sie gestalten beispielsweise die lokale Energie- und Verkehrspolitik, können für eine nachhaltige Flächennutzung sorgen oder eine nachhaltige Beschaffung in ihren Verwaltungen etablieren.

Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS)⁶

Die im Dezember 2024 verabschiedete Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) hat zum Ziel, Ressourceneffizienz, Abfallvermeidung und Recycling zu fördern, um dadurch den Primärressourcenverbrauch zu reduzieren und den Lebenszyklus von Produkten zu verlängern. Konkret bedeutet das, möglichst viele Produkte, die nicht mehr genutzt werden, wiederzuverwenden und in einen Stoffkreislauf einzubinden, um so den Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Dabei werden drei Ziele verfolgt:

- Stoffkreisläufe schließen
- Rohstoffversorgungssicherheit und Rohstoffsoveränität erhöhen
- Abfälle vermeiden

Bund, Länder und Kommunen haben laut NKWS bis 2030 die Verpflichtung, ihre Beschaffung an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten, um den Anforderungen der Kreislaufwirtschaft gerecht zu werden. Mittelfristig soll die Beschaffung, beispielsweise von Büromöbeln, Fahrzeugen oder Materialien zur Gebäudesanierung auf Basis von „echter“ Wirtschaftlichkeit erfolgen. Das bedeutet, dass nicht mehr alleine der günstigste Beschaffungspreis ausschlaggebend ist, sondern die Kosten über den gesamten Lebensweg von Produkten berücksichtigt werden müssen. Um dies einheitlich zu regeln, müssen entsprechende wirtschafts-, vergabe- und abfallrechtliche Regelungen auf Bundes- und vor allem Landesebene zunächst noch angepasst werden.⁷

Mit der NKWS erhalten Kommunen jedoch bereits jetzt einen Orientierungsrahmen, wie die Transformation zu einer Kreislaufstadt gelingen kann.

„Schwerpunkte sind u. a. die zirkuläre Produktgestaltung im Rahmen der europäischen Ökodesign-Verordnung, die Umsetzung des Rechts auf Reparatur und die Förderung von Reparaturinitiativen, der digitale Produktpass sowie Beschaffungsleitlinien nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft für die öffentliche Hand.“⁸

⁶ Vgl. <https://www.bundesumweltministerium.de/themen/kreislaufwirtschaft/kreislaufwirtschaftsstrategie>.

⁷ Ebenda.

⁸ Vgl. Wagner-Endres, Sandra (2025): Die Stadt als Rohstofflager – Warum Städte zirkulär handeln sollten, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) Berichte 1/ 2025. Berlin.

Neue Leipzig Charta

Darüber hinaus bildet die EU-Stadtentwicklungs-Initiative „Neue Leipzig-Charta“⁹ auch weiterhin den Rahmen für eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung in Europa mit dem Ziel, auch zukünftig lebenswerte und nachhaltige europäische Städte zu schaffen. Die nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung wird so als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, die allen Bevölkerungsgruppen Teilhabe und Beteiligung ermöglicht.

Die fünf Prinzipien „guter Stadtentwicklung“, die auf Gerechtigkeit, Umweltfreundlichkeit und Produktivität abzielen und angewandt werden auf Quartiere, Kommunen und/oder funktional zusammenhängende Räume, wollen die transformative Kraft von Städten in den Fokus rücken. Die Resilienz der Städte an sich aktuell und zukünftig verändernde Rahmenbedingungen soll gestärkt werden, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu bewältigen und diese als Chancen für einen Wandel zu begreifen.

Aufgaben und Handlungsfelder in der integrierten Stadtentwicklung

Es wurde also vieles bereits in gesetzlichen Strategien und Zielsetzungen verankert. Wie die Auflistung der oben beschriebenen Strategien und Gesetze zeigt, ist die Bandbreite der Aufgaben und Handlungsfelder von Kommunen umfangreich und die zu bewältigenden Herausforderungen sind groß. Kommunale Klimaschutz-, Abfallwirtschafts-, Mobilitäts- und Ressourcenschutzkonzepte sowie kommunale Nachhaltigkeitsstrategien sollen mit geeigneten Maßnahmen helfen, die Landes-, Bundes- und EU-Ziele vor Ort umzusetzen. Konkret heißt das: Die Ziele müssen grundsätzlich im Rahmen des interdisziplinären Verwaltungshandelns Beachtung finden und entsprechend zur Anwendung kommen. Dies wiederum bedeutet, dass eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung sich an diesen Zielen orientiert und in ihre strategischen Überlegungen zum globalen Denken und lokalen Handeln mit einbezieht. Wie bereits dargestellt, ist die Entwicklung einer Kommune zur Kreislaufstadt eine Maßnahme, die lokal umgesetzt zur globalen Zielerreichung beitragen kann.

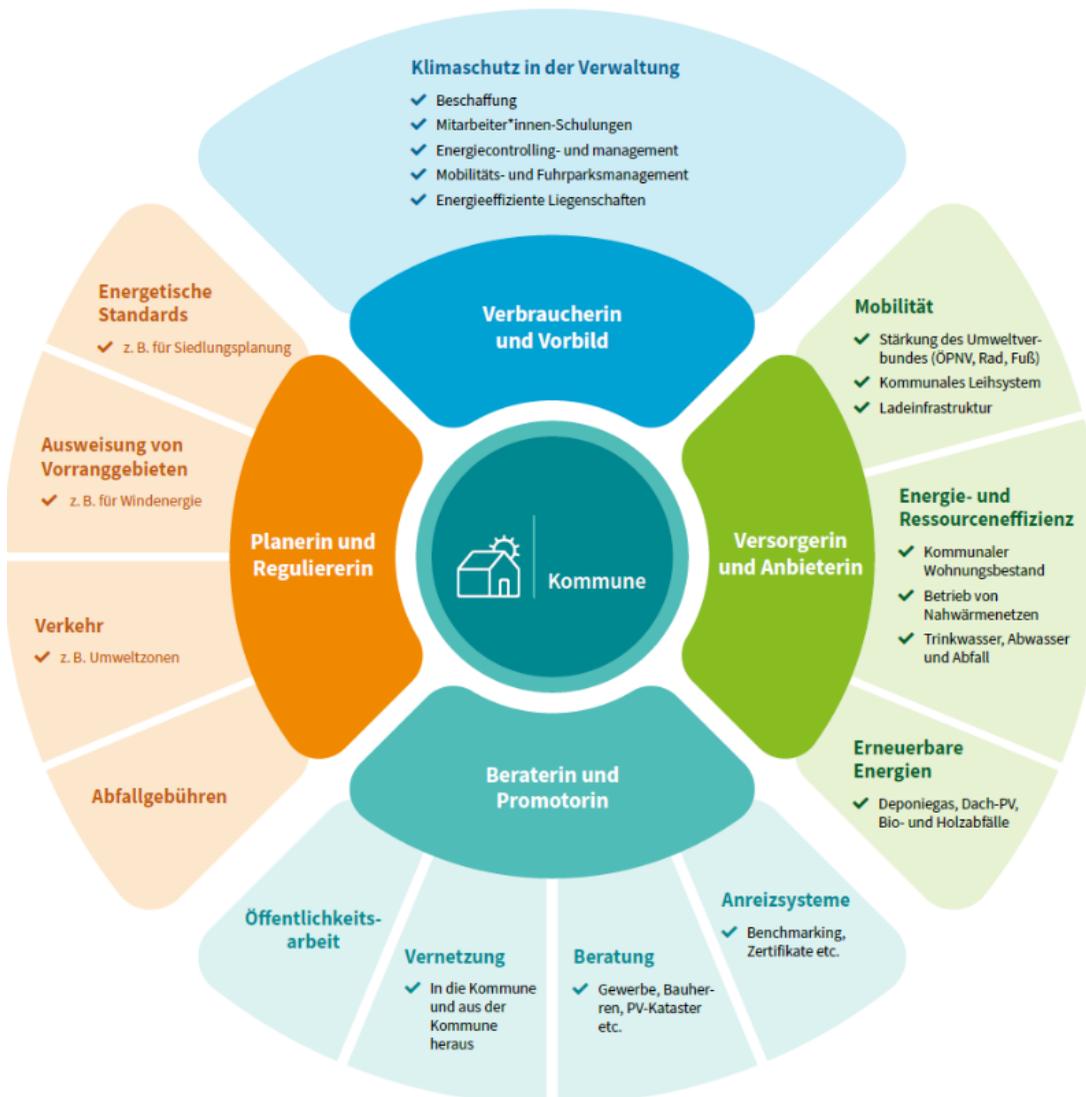
Die Stadt Trier hat dementsprechend bereits Maßnahmen ergriffen und Konzepte erstellt, so z. B. eine kommunale Wärmeplanung, ein integriertes Klimaschutzkonzept mit ambitionierten Zielen oder einen Aktionsplan Entwicklungspolitik. Sie steht aber wie viele andere Kommunen noch vor vielfältigen Herausforderungen, um die gesteckten Ziele zu erreichen und eine gesamtstädtische Strategie fehlt derzeit noch. Obwohl Kommunen in Bezug auf die globalen Zielsetzungen eine Schlüsselrolle einnehmen, können sie nur innerhalb eines begrenzten rechtlichen Handlungsspielraumes agieren. Erschwerend kommt hinzu, dass sich je nach politischer Ausrichtung der Regierungen die Ziele innerhalb kurzer Zeiträume ändern können bzw. angepasst werden oder gar kurzfristig neue Vorgaben hinzukommen.

Zur Bewertung des kommunalen Handlungsspielraums in den wichtigsten Produktbereichen der Kreislaufwirtschaft, wie z. B. Zentrale Verwaltung (Beschaffung etc.), Gestaltung und Umwelt (Energetische Standards) und Zentrale Finanzdienstleistungen ist es wichtig zu unterscheiden, welche Rolle die Kommune jeweils einnimmt.

⁹ Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2021): Neue Leipzig-Charta – Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl.

Abb. 1 zeigt exemplarisch die verschiedenen Handlungsfelder von Kommunen auf, in denen sie z. B. Maßnahmen im Klimaschutz beeinflussen bzw. selbst durchführen können sowie die Rolle, die sie dabei jeweils einnehmen. Die Kommune ist demnach Verbraucherin und Vorbild, indem sie beispielsweise eine nachhaltige Beschaffung etabliert, oder Planerin und Regulatorin, indem sie auf verkehrsreduzierende Maßnahmen oder den Ausbau des ÖPNV abzielt.

Abb. 1: Vielfältige Rollen und Handlungsbereiche der Kommune am Beispiel des Themas Klimaschutz



Quelle: Forum Nachhaltig Wirtschaften, <https://www.forum-csr.net/News/15295/Klimaschutz-trotz-klammer-Kassen.html>

Mit dem Selbstverständnis, Motor übergeordneter Zielsetzungen auf kommunaler Ebene zu sein, ist es folglich für die Stadtentwicklung umso wichtiger, dass Trends und damit einhergehende kommunale Handlungsbedarfe und -bereiche frühzeitig erkannt und in eine zukunftsfähige Stadtentwicklung übernommen werden. Diese agiert sektorenübergreifend und beinhaltet beispielsweise auch die Abstimmung mit kommunalen Beteiligungsgesellschaften, mit Unternehmen, Krankenhäusern, aber auch mit übergeordneten Behörden und der Zivilgesellschaft.

DIE ROLLE DER KOMMUNEN – BEST PRACTICE

Um die Rolle bzw. Handlungsspielräume der Kommunen zu veranschaulichen, sollen die im Rahmen der Gemeinschaftsstudie "Kreislaufstadt – Chancen für Resilienz und Wertschöpfung" des DIfU u. a. ausgewählten Modellstädte Bottrop und Frankfurt/Main hier beispielhaft dargestellt werden sowie Amsterdam als europäisches Best-Practice-Beispiel.

Bottrop

Die Stadt Bottrop hat die Koordination des Themas im Bereich Wirtschaftsförderung und Standortmanagement angesiedelt mit dem Ziel, bis 2045 Kreislaufstadt zu werden. Im März 2025 hat Bottrop die „Circular Cities Declaration“ und die „Charta der fairen Metropole Ruhr 2030“ unterzeichnet und bekennt sich damit zu einer ressourcenschonenden, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung.

Im Nachgang zur Teilnahme an der o. g. Gemeinschaftsstudie und nach Durchführung von zwei moderierten Workshops mit einem breiten Teilnehmendenkreis aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft hat die Stadt Bottrop ihr strategisches Positionspapier „Kreislaufstadt Bottrop 2045“¹⁰ erstellt. Dieses enthält klare Ziele und konkrete Maßnahmenansätze für ausgewählte Handlungssektoren:

- Planen, Bauen, Sanieren: Nutzungsgemischte Zentren, Nachverdichtung, Förderung von wiederverwendbaren und recycelten Baustoffen, innovatives zirkuläres Bauen, Anpassung von Infrastrukturen, Netzwerk Bauwirtschaft
- Konsumgüter und Verpackungen: Repair-Cafés, Workshops und Schulungen, Förderung von Mehrwegsystemen, Aufbau von Netzwerken, Informationskampagnen
- Verwaltung/ Beschaffung: Verbesserung der Abfalltrennung, Einführung eines Möbel- und Gerätepools in der Verwaltung, Sharing-Modelle bei Veranstaltungstechnik, Desk-Sharing, Vernetzung
- Wasser, Lebensmittel und Ernährung (als Schwerpunkt angelegt, aber noch nicht ausgearbeitet): Stärkung der lokalen und regionalen Landwirtschaft und deren Vermarktung.

Im Vordergrund stehen jeweils die Reduzierung des Flächenverbrauchs und der (primären) Rohstoffe sowie der effiziente Einsatz von Ressourcen und Innovationen, begleitet von einer veränderten Bewusstseinsbildung. Die weiteren Schritte sind Maßnahmen zur Kommunikation und Sensibilisierung für das Thema, die Identifizierung von messbaren Kennzahlen für ein begleitendes Monitoring, die Erstellung eines Handlungskonzepts, die Umsetzungen des Förderprojekts „Bottrop.gemeinsam zirkulär“ im Rahmen des Programms Circular Economy – CircularCities.NRW, Förderung von Kooperationen und Netzwerken sowie die Unterstützung von Unternehmen durch eine zentrale Anlaufstelle.

¹⁰ Vgl. https://www.bottrop.de/wirtschaft/themenfelder-der-wirtschaftsfoerderung/circular_economy/kreislaufstadt/handlungskonzept.php.

Frankfurt/Main

In Frankfurt/Main koordiniert das Umweltamt der Stadt den kommunalen Prozess hin zu einer „Zero-Waste-City“. Dabei zielt sie durch den lokalen Austausch mit Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft auf eine Vernetzung bestehender Initiativen im Bereich der Abfallvermeidung ab, die durch eine Kommunikationsstrategie mit Einzelaktionen flankiert wird.

Bereits 2021 hat Frankfurt/Main in der Publikation „Auf dem Weg zur Zero-Waste-City“ Maßnahmen skizziert, um die Zielsetzungen „bis 2035 die Menge an Restabfall pro Kopf und Jahr von derzeit 205 auf 120 Kilogramm zu senken und die Gesamtmenge an Siedlungsabfall pro Kopf und Jahr um jährlich zwei Prozent zu reduzieren“¹¹, zu erreichen. Die vorgesehenen Maßnahmen sind/waren z. B.:

- Angebote an Schulen: Nachhaltige Bildung vermitteln
- Automatische Störstoffkontrolle bei der Biotonnenleerung: Implementierung von Detektionssystemen zur Erkennung von Fremdstoffen in der Biotonne
- Lokale Tauschbörsen
- Online Plattform „reYOUrS“: Verkauf von generalüberholten Elektrogeräten
- Vernetzung privater Initiativen
- #MainBecher: Pfandbecher-Initiative
- Gebrauchtwarenkaufhaus

Zur Implementierung des Nachhaltigkeitsprozesses in der Stadt wurde der dezernatsübergreifende Prozess „Frankfurt Green City“ initiiert, an dem alle sieben Dezernate teilnehmen. Der inhaltliche Fokus liegt dabei darauf, die Stadt für Mensch und Natur als lebenswerten Raum zu erhalten, z. B. durch die Gestaltungssatzung Freiraum und Klima (klimaangepasste Gestaltung von Gebäuden bei allen Neu- und Umbauten), durch die Bestandsaufnahme und Bewertung zur Fortschreibung des Freiflächenentwicklungsplans (bedeutsame Landschaften und Naturerlebnisräume und deren Entwicklungspotenziale) oder Maßnahmen zur nachhaltigen Ernährung.¹²

Zum Jahresbeginn 2025 stellte die Stadt eine Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik ein, um Nachhaltigkeit mittels Bestandsaufnahme, Monitoring, Schulungen und Handlungsleitfäden in der Verwaltung zu implementieren.

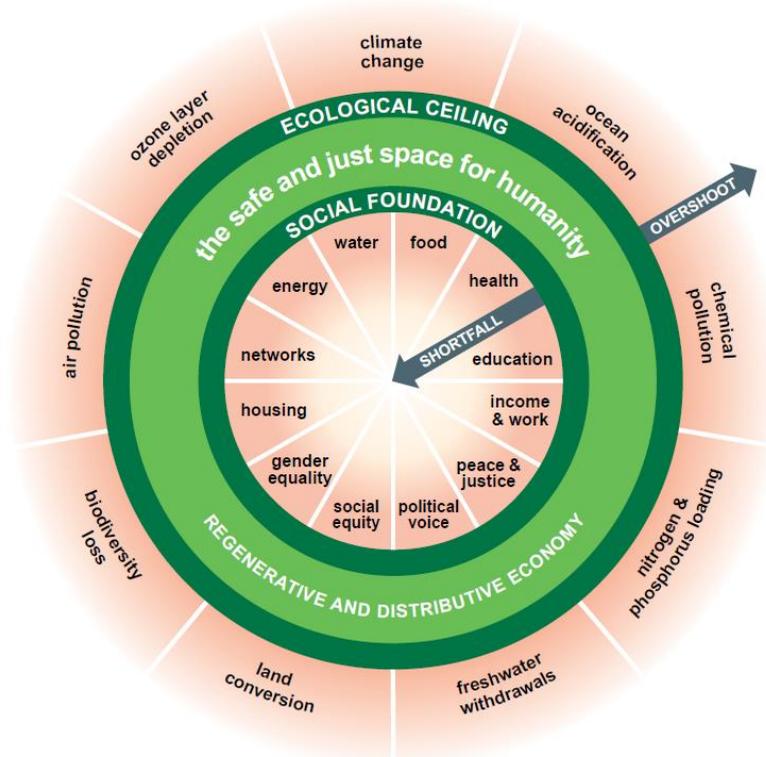
Amsterdam

Die Stadt Amsterdam bezeichnet sich selbst als eine der grünsten Städte, weil sie mehr Bäume als Einwohnerinnen und Einwohner hat, weil die Stadt von zahlreichen Grünzonen durchzogen ist und über eine große Biodiversität verfügt. Im Hinblick auf ihre Kreislaufwirtschaft hat die Stadt Amsterdam eine Strategie erarbeitet, die auf dem Konzept der „Doughnut Economics“ basiert, den „Amsterdam City Doughnut“. Schwerpunkte sind dabei soziale und ökologische Aspekte und lokale sowie globale Perspektiven, die miteinander in Bezug gesetzt werden. Mit dem Ansatz einer sozial gerechten Stadt werden im „inneren Doughnut“ soziale und wirtschaftliche Entwicklungen gemeinsam betrachtet und diese jeweils in den „planetarischen Grenzen“ des „äußerer Doughnut“ in die übergeordneten räumlichen und ökologische Grenzen eingebettet (siehe Abb. 2).¹³

11 Vgl. <https://frankfurt.de/themen/umwelt-und-gruen/umwelt-und-gruen-a-z/nachhaltigkeit/zero-waste-city>.

12 Vgl. <https://www.frankfurt-greencity.de/de/>.

13 Vgl. <https://www.amsterdam.nl/en/policy/sustainability/circular-economy/> und <https://amsterdamdonutcoalitie.nl/projecten>.

Abb. 2: Amsterdam City Doughnut

Quelle: Stadt Amsterdam, <https://www.amsterdam.nl/en/policy/sustainability/circular-economy/>

Als übergeordnete Leitlinien hat Amsterdam sich ehrgeizige Ziele gesetzt, die sowohl top-down, als auch bottom-up erreicht werden sollen:

- Bis 2030: Amsterdam soll möglichst emissionsfrei sein, die CO₂-Emissionen sollen im Vergleich zu 1990 um 55 % reduziert werden, 80 % des von den Haushalten verbrauchten Stroms sollen durch Solar- und Windenergie erzeugt werden, es sollen 50 % weniger Rohstoffe verwendet werden.
- Bis 2040: Die Stadt Amsterdam verwendet kein Erdgas mehr.
- Bis 2050: Amsterdam ist eine klimaneutrale Stadt, alle geeigneten Dächer werden zur Erzeugung von Solarenergie verwendet, Amsterdam ist Kreislaufstadt.

In der „Amsterdam Circular 2020-2025“ Strategy fokussiert die Stadt sich zunächst auf drei Handlungsfelder: Lebensmittel und organische Abfälle, Konsumgüter und Gebäudebestand. Die Umsetzung erfolgt mittels eines konkreten Maßnahmenkatalogs (Implementation Agenda for a circular Amsterdam 2023-2026). Darin sind kurzfristige Maßnahmen ebenso enthalten, wie vorbereitende Maßnahmen für längerfristige Umsetzungen, z. B.:

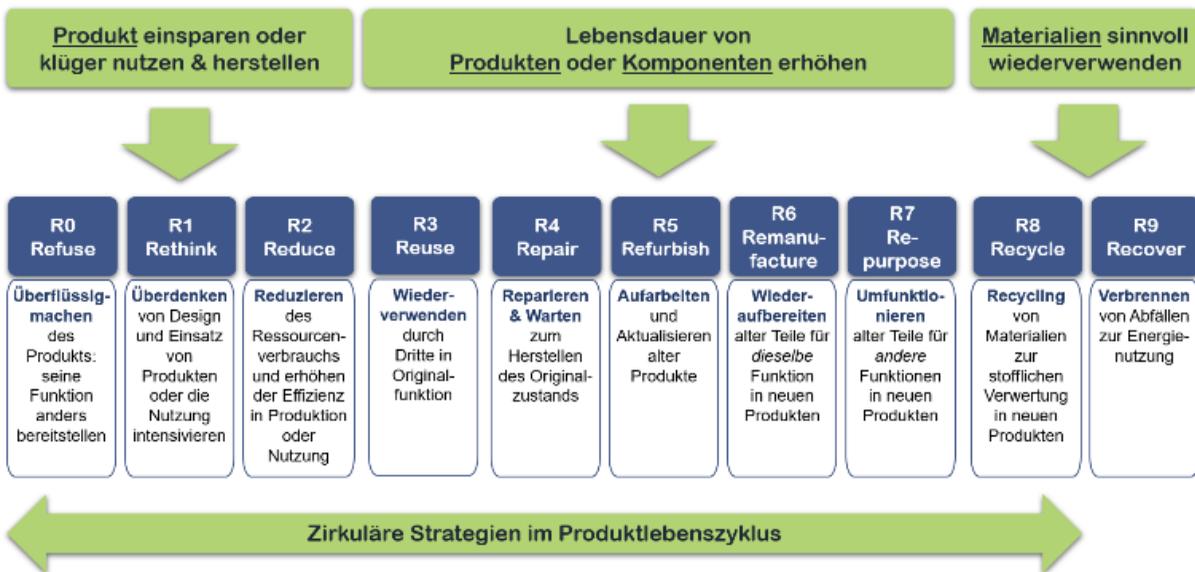
- Kurze Wege in der Lebensmittelversorgung
- Gesunde und nachhaltige Lebensmittel für die Bevölkerung Amsterdams zur Reduzierung des organischen Abfalls um 50 % bis 2030
- Reduzierung des städtischen Konsums um 20 % bis 2030
- Schaffung einer guten Infrastruktur für Sharing-Plattformen, Secondhand Läden, Repair-Cafés, Online-Marktplätze zur Sensibilisierung der Bevölkerung für eine Konsumreduzierung
- Bestmögliche Wiederverwendung von ausrangierten Stoffen und Ressourcen (Bekleidung, Elektronik, Möbel, Kunststoffe)
- Ab 2022 unterliegen alle Neubauten und Gestaltungen öffentlicher Räume zirkulären Kriterien
- Verlagerung der Besteuerung von Arbeit auf die Besteuerung von Rohstoffen und Energie

Die Stadt Amsterdam arbeitet in dieser Zielsetzung eng mit den sieben Stadtbezirken, lokalen Initiativen, mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft zusammen. Darüber hinaus erfolgt der Schulterschluss mit dem niederländischen Staat und der EU.

DER WEG ZUR KREISLAUFSTADT TRIER

Die Stadt Trier verfolgt bereits viele Einzelinitiativen in den Bereichen Nachhaltigkeit, kommunale Resilienz und Kreislaufwirtschaft, die richtungsweisend sind. Dabei wird eng mit den städtischen Beteiligungsgesellschaften in den Bereichen Abfall, Wasser/Abwasser, Energie und Mobilität zusammengearbeitet, wobei derzeit jedoch noch der strategische Rahmen fehlt. Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Nachhaltige Beschaffung in der Verwaltung, Klima- und Umweltmanagement, Wasserspender in Schulen und im öffentlichen Raum, Begrünungen/Beschattungen in der Innenstadt, Repair-Cafés etc. sind nur einige Beispiele, die in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurden. Die Stadt Trier wendet damit im Hinblick auf die Kreislaufwirtschaft bereits einige Maßnahmen der sogenannten R-Strategien an (siehe Abb. 3).

Abb. 3: R-Strategie



Quelle: Mast, J. et al. (2022): R-Strategien als Leitlinien der Circular Economy

Die zehn R-Strategien zeigen den Kommunen auf, wie bereits kleine Schritte Erfolge im Sinne der Kreislaufwirtschaft erzielen können und, dass jede einzelne dieser Strategien schon einen wertvollen Beitrag zur Schonung von Ressourcen leistet. Sie sind zusammengefasst in drei übergeordnete Strategien, mit denen die Nutzungsintensität eines Produktes erhöht wird, z. B. mit folgenden Maßnahmen:

- räumlich und zeitlich flexible Fahrradverleihsysteme (Produkt klüger nutzen)
- Repair-Cafés (Lebensdauer von Produkten erhöhen)
- Wiederverwendung von Abfallprodukten, die als sekundäre Rohstoffe wieder in den Produktionszyklus überführt werden (Material sinnvoll wiederverwenden)

Darüber hinaus verfügt die Stadt Trier wie bereits erwähnt über einen kommunalen Wärmeplan, einen Leitfaden für nachhaltige Veranstaltungen, ein Integriertes Klimaschutzkonzept sowie einen Aktionsplan Entwicklungspolitik. Viele Grundlagen sind also bereits vorhanden, aber: Eine gesamtstädtische Strategie existiert, wie ebenfalls bereits erwähnt, bisher noch nicht.

Kommunaler Klimapakt Rheinland-Pfalz

In seiner Sitzung vom 01. Februar 2023 hat der Stadtrat beschlossen, dass die Stadt Trier dem Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz beitrifft und sich verpflichtet, ihre Aktivitäten sowohl im Klimaschutz als auch in der Klimawandelanpassung zu verstärken und dabei ambitioniert vorzugehen.¹⁴ Die bereits vom Stadtrat beschlossenen Ziele und Maßnahmen

- Klimaneutralität der kommunalen Gebäude bis 2033,
- Aufstellung und Umsetzung des kommunalen Wärmeplans und
- Aufstellung und Umsetzung des kommunalen Hitzeplans

sollen in diesem Zusammenhang besonders priorisiert verfolgt und im Netzwerk mit anderen Kommunen erarbeitet werden bzw. wurden bereits erarbeitet, ebenso wie die Planung einer kommunalen Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und eine Strategie für klimaneutralen Tourismus.

Klimaschutzkonzept

Das im Jahr 2023 fertiggestellte Klimaschutzkonzept der Stadt Trier gibt einen Überblick zu Potenzialen der Treibhausgasemissionen sowie zu konkreten Maßnahmen, die in allen klimarelevanten Handlungsfeldern Energiebedarfe und Treibhausgasemissionen mindern können. Es versteht sich als inhaltliche und strategische Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe sowohl für die Verwaltung selbst als auch für Privatpersonen und Unternehmen. Als Schwerpunkte wurden die Themen Gebäude- und Verkehrssektor sowie die Potenziale Erneuerbarer Energien gewählt und mit konkreten Maßnahmen hinterlegt. Es zeigt sich jedoch, dass der kommunale Einflussbereich je nach Sektor unterschiedlich hoch ist (siehe Abb. 4).

Abb. 4: Kommunale Einflussmöglichkeiten in ausgewählten Sektoren

		Hoher Einflussbereich	Mittlerer Einflussbereich	Niedriger Einflussbereich
Verkehr		Klimaneutraler städt. Fuhrpark Verkehrsplanung Verkehrssteuerung	Mobilitätsmanagement in kommunalen Unternehmen ÖPNV-Angebot	
	Stadtverwaltung			
Energieraum	Wohnen	Klimaneutrale städt. Gebäude Beschaffung Öfftl. Beleuchtung Wasser & Abwasser PV auf städt. Gebäuden Optimierung Abfallentsorgung Städtebauliche Verträge Flächennutzungs-Plan Bebauungspläne Fernwärme-Anschlussregeln	Gebäude-sanierung und klimafreundliche Anlagen in kommunalen Unternehmen Ausbau und Dekarbonisierung Fernwärme Optimierung Abfallentsorgung Beratung, Information und Förderung in privaten Haushalten und GHD	Beratung, Information und Förderung der Industrie
	GHD und Industrie			

- VERBRAUCH
- VERSORGEN
- REGULIEREN
- BERATEN

Quelle: Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Trier, 2023

¹⁴ Vgl. <http://www.lris.rathaus.trier/ai/vo020.asp?VOLFDNR=13491>.

Im Rahmen des KfW-Förderprogramms 444 „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ wird die Stadt Trier seit Sommer 2024 mit über 1,6 Millionen Euro gefördert, sodass sie umfangreiche Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz und -anpassung umsetzen kann.

Aktionsplan Entwicklungspolitik und Bildung Nachhaltige Entwicklung

Bereits im Jahr 2019 wurde der Trierer Aktionsplan Entwicklungspolitik fertiggestellt. Er wurde auf Basis des „Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand“ der Vereinten Nationen (UN) und der darin formulierten 17 globalen Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit und zur Armutsbekämpfung erarbeitet.

Zu den Zielen Trier Fair, Trier international, Trier engagiert und Trier umwelt- und klimafreundlich wurden in einem breit angelegten Beteiligungsprozess insgesamt 193 Maßnahmen erarbeitet und deren Umsetzung vorangetrieben. Der Abschlussbericht des Aktionsplan Entwicklungspolitik der Stadt Trier wurde im Jahr 2024 fertiggestellt. Von den insgesamt 193 Maßnahmen sind 177 Maßnahmen (92 %) bereits in Umsetzung oder erfolgreich abgeschlossen.¹⁵ Somit ist der Aktionsplan Entwicklungspolitik als Erfolg zu werten, insbesondere auch, weil die im Rahmen des Aktionsplan Entwicklungspolitik aufgebaute konstruktive, interdisziplinäre und institutionsübergreifende Zusammenarbeit in der Stadt Trier in einem breiten Bündnis fortgesetzt wird.

Die Bildungsarbeit zur nachhaltigen Entwicklung (BNE) nimmt dabei eine wichtige Rolle ein und wird in der Stadt Trier insbesondere durch das Kommunale Bildungsmanagement und die Lokale Agenda 21 sichtbar. Seit 2021 ist Trier eine von 50 vom Bund geförderten BNE-Modellkommunen mit der Zielsetzung sicherzustellen, dass bis 2030 Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung an Lernorten vermittelt werden. Dabei sind Maßnahmen ganzheitlich und partizipativ angelegt und richten sich ausdrücklich an alle Altersgruppen.

Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI)

Die Stadt Trier hat im Rahmen des von der rheinland-pfälzischen Landesregierung aufgelegten Kommunalen Investitionsprogramms Klimaschutz und Innovation (KIPKI) Fördermittel in Höhe von 4,8 Millionen Euro beantragt und erhalten. Bis Mitte 2026 werden damit Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung in Trier finanziert, u. a.

- der Einbau digitaler Thermostate in städtischen Gebäuden,
- die Auflage eines Förderprogramms für die Bezuschussung von Balkonsolaranlagen in Privatwohnungen,
- die Vergabe von Zuschüssen für die Begrünung von Dächern und Fassaden sowie die Entsiegelung und Begrünung von Privatgrundstücken.

Kommunale Wärmeplanung

Trier hat im Vergleich zu anderen bundesdeutschen Städten bereits frühzeitig mit den Planungen begonnen, um die vom Land Rheinland-Pfalz und dem Bund angestrebte Klimaneutralität in der Wärmeversorgung zu erreichen. Wie oben beschrieben, ist der Kommunale Wärmeplan eine Initiative des kommunalen Klimapakts Rheinland-Pfalz.

Am 21. Mai 2025 hat der Stadtrat den Kommunalen Wärmeplan für Trier beschlossen. Dieser dient

¹⁵ Vgl. <https://www.trier.de/File/2024-abschlussbericht-aktionsplan-entwicklungspolitik.pdf>.

als Grundlage und Richtschnur der künftigen Wärmeversorgung in Trier, um konkrete Schritte einzuleiten, mehr erneuerbare Energieträger zur Wärmeerzeugung einzusetzen und den Anteil der fossilen Energieträger sukzessive zu reduzieren. In Zukunft sollen möglichst viele Gebäude an Wärmenetze angeschlossen werden. In der Bestandsanalyse wurden die Wärmebedarfe und Wärmeverbräuche in Trier nach Energieträger und Nutzungssektoren erhoben und bilanziert, um den aktuellen Sachstand zu dokumentieren und darauf aufbauend Potenziale der Transformation hin zu erneuerbaren Energien zu erarbeiten.¹⁶ Die anschließende Potenzialanalyse fasst zusammen, welche Maßnahmen geeignet sind, Einsparungen im Wärmebedarf zu erzielen. Aufgrund der Vielzahl theoretisch möglicher Potenziale, wurde eine Eingrenzung vorgenommen mit folgendem Fokus:

- Energetische Sanierung
- Erneuerbare Energien und Abwärmenutzung
- Realisierung von Groß-Wärmespeichern

Anhand der Ergebnisse der Bestands- und Potenzialanalyse konnte ein Zielszenario 2045 inkl. Maßnahmenkatalog für künftige Wärmeversorgungsgebiete in der Stadt Trier erarbeitet werden.

Die innerhalb des Prozesses zur Kommunalen Wärmeplanung durchgeführte Auswertung zur Wärmeerzeugung und -nutzung zeigt, dass der Wärmebedarf der Wohngebäude für Heizwärme und Trinkwassererzeugung der dominierende Nutzungssektor ist. Das städtische Amt Stadtentwicklung | Statistik und Wahlen hat daher als Maßnahme einen Beteiligungsprozess mit den relevanten Akteuren der Wohnungswirtschaft sowie der Energieversorgung und Energieentsorgung eingebracht, um gemeinsam Potenziale und künftige Handlungsbereiche zu identifizieren.

AUSBLICK „NACHHALTIGES BAUEN VON MORGEN“ ALS SCHWERPUNKT DER KREISLAUFSTADT TRIER

Bereits jetzt ist deutlich, dass der Bausektor eine zentrale Rolle in der Energie- und Ressourcenbilanz der Stadt spielt: Die Bau- und Wohnungswirtschaft zählt nicht nur während der Nutzungsphase von Gebäuden zu den größten Energieverbrauchern, sondern verursacht bereits bei der Errichtung selbst erhebliche Emissionen und Ressourcenverbräuche.

Wohngebäude weisen in Deutschland eine durchschnittliche Lebensdauer von 80 bis 100 Jahren auf.¹⁷ In dieser Zeit verursachen sie nicht nur während ihrer Nutzung CO₂-Emissionen – vor allem durch Heizung und Strom –, sondern insbesondere auch bei ihrer Errichtung entstehen große Mengen an sogenannten „grauen Emissionen“. Etwa 40 % des Ressourcenverbrauchs und rund 30 % der Treibhausgasemissionen in Deutschland entfallen auf den Gebäudesektor, wobei insbesondere die Bauphase besonders material- und energieintensiv ist¹⁸. Im Jahr 2022 wurden in Deutschland etwa 229 Millionen Tonnen Bau- und Abbruchabfälle erfasst, davon ca. 55 Millionen Tonnen im Hochbau.¹⁹

¹⁶ Vgl. <https://www.trier.de/umwelt-verkehr/klimaschutz/erneuerbare-energien/waermeplanung/bestandsanalyse/%20>.

¹⁷ Vgl. Umweltbundesamt (2020): Lebenszyklusanalyse von Wohngebäuden. Dessau-Roßlau.

¹⁸ Vgl. Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2023): Bauwende umsetzen: Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft im Gebäudesektor. Berlin.

¹⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2023a): Abfallwirtschaft – Bau- und Abbruchabfälle 2022. Wiesbaden.

In Rheinland-Pfalz liegt der Anteil des Gebäudesektors am Endenergieverbrauch bei etwa 35 %.²⁰

Die Auswahl und der Einsatz von Baustoffen, der Energieaufwand in der Produktion, der Transport sowie der spätere Rückbau und die Entsorgung oder Wiederverwertung von Materialien wirken sich stark auf den ökologischen Fußabdruck aus. Hier liegen zugleich erhebliche Einsparpotenziale, etwa durch die Nutzung recyclebarer Materialien, die Minimierung grauer Energie oder den Ausbau energieeffizienter Bauweisen. Der Erhalt und die Weiterentwicklung bestehender Gebäude binden weniger graue Energie und sind oft ressourcenschonender als ein Abriss.²¹

Der Wohnungsbau in Deutschland steht also vor der Herausforderung, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit ökologischer Nachhaltigkeit zu verbinden. Die Kreislaufwirtschaft bietet hierbei ein zentrales Handlungsfeld. Besonders im Neubau und in der Bestandssanierung können wohnungswirtschaftliche Akteure neue Maßstäbe setzen, wenn es um das „Bauen von Morgen“ geht. Kreislaufwirtschaft im Bausektor bedeutet daher einen Paradigmenwechsel, denn Materialien sollen möglichst lange genutzt, wiederverwendet und recycelt werden, z. B. durch:

- Zirkuläres Bauen: Modularität, sortenreine Trennung von Baustoffen, digitale Materialpässe und rückbaubare Konstruktionen sollen eine spätere Wiederverwertung erleichtern²²,
- Minimierung der grauen Energie: Erhalt, Umnutzung und Aufstockung bestehender Gebäude sind Maßnahmen zur Schonung grauer Energie und Reduzierung von Emissionen²³,
- Einsatz von digitalen Tools: BIM (Building Information Modeling) und digitale Ressourcen-pässe können Materialien, Lebenszyklen und Umweltauswirkungen dokumentieren und nachhaltiges Gebäudemanagement erleichtern²⁴.

In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, dass der Deutsche Städtetag in seiner ergänzenden Stellungnahme „Bewertung des Koalitionsvertrages für die Bereiche Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr“ vom 16. April 2025 ausdrücklich begrüßt, dass die Koalition eine Abfallende-Regelung in der Ersatzbaustoffverordnung einführen will, die notwendige Anlagen für die verstärkte Nutzung von Recycling-Baustoffen ermöglichen soll.

„Die Koalitionäre wollen die Kreislaufwirtschaftsstrategie pragmatisch umsetzen und eine Digitalisierungsinitiative zur Schließung von Stoffkreisläufen starten. Zudem sollen Strategien zur Abfallvermeidung, dem Rezyklateinsatz und der Shared Economy gestärkt werden. Auf der Grundlage der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie soll ein Eckpunktepapier mit kurzfristig realisierbaren Maßnahmen erarbeitet werden.“²⁵

Hierbei nimmt die Wohnungswirtschaft eine Schlüsselrolle ein, denn sie kann auf die Flexibilisierung von Wohngrundrissen, den Erhalt und die Weiterentwicklung bestehender Gebäude, auf kreislauffähige Neubauprojekte und auf gemeinsame Energieversorgung, Sharing-Konzepte oder

²⁰ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz (2021): Energiebericht Rheinland-Pfalz. Mainz.

²¹ Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2023): Bauen im Bestand: Potenziale und Herausforderungen. Bonn.

²² Vgl. Umweltbundesamt (2022): Kreislaufführung von Baustoffen – Potenziale für Ressourcenschonung und Klimaschutz. Dessau-Roßlau.

²³ Vgl. Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (2022): Kreislaufwirtschaft im Bauwesen – Grundlagen und Praxisbeispiele. Stuttgart.

²⁴ Vgl. Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2023): Bauwende umsetzen: Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft im Gebäudesektor. Berlin.

²⁵ Vgl. Mail-Rundschreiben Deutscher Städtetag 16.04.25, Ergänzung der zusammenfassenden Bewertung des Koalitionsvertrags https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Dezernat-1/HGF/2025/RS_DST_KoaV_Anlage_3_Kurzbewertung.pdf

Ressourcenzentren im Quartier einwirken. Durch Netzwerke oder die Teilnahme an Pilotprojekten mit Forschungsinstitutionen und mit kommunalen Partnern können sie neue Standards setzen und als Vermittler zwischen Politik und Bewohnerschaft agieren.

Auch die „Stadt der kurzen Wege“ bietet Ansatzpunkte auf dem Weg zum nachhaltigen Wohnungsbau: Eine Nutzungsmischung im Quartier durch die Ansiedlung von Gewerbe in monostrukturierten Wohngebieten ermöglicht beispielsweise, mit der Tagesabwärme der Gewerbebetriebe über einen Wärmetauscher abends die Wohnungen im Quartier zu beheizen.

Im Fokus stehen nicht nur ökologische Aspekte wie Energieeffizienz, Ressourcenschonung und Klimaanpassung, sondern auch die soziale Dimension des Wohnens der Zukunft. Bezahlbarer Wohnraum, generationengerechtes und inklusives Bauen, quartiersbezogene Ansätze mit funktionierender sozialer Infrastruktur sowie gemeinschaftsfördernde Wohnformen rücken zunehmend in den Mittelpunkt. Nachhaltigkeit wird damit nicht nur ökologisch, sondern auch sozial verstanden: Wohngebäude sollen langfristig nutzbar, flexibel anpassbar und für unterschiedliche Lebensphasen geeignet sein. Modulare Wandsysteme und „zusammenlegbare“ oder „trennbare“ Wohnungen ermöglichen beispielsweise eine bedarfsorientierte Nutzung über Jahrzehnte.²⁶

Damit steht das Thema „Bauen und Wohnen“ im Fokus der Kreislaufstadt Trier und ist damit ein geeigneter Schwerpunkt für eine zu erarbeitende kommunale Kreislaufwirtschaftsstrategie, von der weitere Impulse und Projektideen abgeleitet werden können. Durch die bestehende partnerschaftliche Kooperation im Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen sind bereits Ansätze für ein Netzwerk zwischen der Verwaltung und der Wohnungswirtschaft vorhanden. Diese können als Ausgangspunkt dienen, um das Thema „Nachhaltiges Bauen von Morgen“ nicht nur als technischen und ökologischen Innovationsprozess, sondern im Sinne der Stadtentwicklungsplanung auch als gesellschaftliche Zukunftsaufgabe zu gestalten – mit dem Ziel, ökologisch tragfähige, sozial gerechte und städtebaulich qualitätsvolle Lösungen zu entwickeln. Durch die Kombination von technischer Wandelbarkeit mit sozialer Nachhaltigkeit verbleibt die Kreislaufwirtschaft nicht in der Nische der Ressourcenschonung, sondern wird zum Leitbild für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung.

²⁶ Vgl. Fraunhofer IBP (2021): Flexible Wohnformen: Anforderungen an zukunftsfähige Grundrisse. Stuttgart.

FAZIT

Die Stadtentwicklung steht im Zentrum der Aufgabe, die Stadt strategisch auf die Herausforderungen von morgen auszurichten. Klimaschutz, integrierte Wärmeplanung und zirkuläres Bauen erfordern nicht nur technische Innovationen, sondern insbesondere eine vorausschauende (räumliche) Steuerung und ein systemisches Denken in Stoffkreisläufen. Um für die Stadt Trier bis spätestens 2045 eine nachhaltige Transformation zur Kreislaufstadt zu ermöglichen, ist es essenziell, die Stadtentwicklung als koordinierende Schnittstelle zwischen Fachdisziplinen, Verwaltungseinheiten und externen Akteurinnen und Akteuren zu verstehen.

In Trier existieren bereits zahlreiche gute Ansätze, Pilotprojekte und sektorale Initiativen, die zeigen, dass der Wille zur Veränderung vorhanden ist. Die vorangegangenen Seiten zeigen auf, dass erste wegweisende Maßnahmen umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht sind, ebenso wurde ein möglicher Schwerpunkt skizziert.

Diese gilt es nun zu bündeln und in eine gemeinsame, politisch abgestimmte Gesamtstrategie zu überführen. Best-Practice-Beispiele aus anderen Städten verdeutlichen, dass hierfür klare Zielbilder, definierte Meilensteine und transparente Beteiligungsprozesse erforderlich sind. Die Stadtentwicklung spielt dabei eine Schlüsselrolle: als strategische Impulsgeberin, Moderatorin zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie als Treiberin innovativer Planungsinstrumente.

Auf dem Weg zur Kreislaufstadt bedeutet das für die Stadt Trier, dass für die Ausarbeitung einer kommunalen Kreislaufstrategie zunächst folgende Schritte notwendig sind:

- Aufbau einer verwaltungsinternen, dezernatsübergreifenden Koordinierung
- Ausbau der bestehenden Vernetzung von relevanten Akteuren vor Ort
- Prüfung der Unterzeichnung der "Circular Cities Declaration" durch die Stadt Trier
- Austausch mit Best-Practice-Kommunen
- Erarbeitung von (weiteren) Schwerpunktthemen und von Vorschlägen für konkrete Handlungsempfehlungen
- Prüfung von interkommunalen Kooperationen
- Zusammenführung der Erkenntnisse zur Erarbeitung einer Strategie
- Politische Beschlussfassungen zur Umsetzung der Ziele

Es zeigt sich: Es sind viele Akteure, viele Schritte und jede Menge Engagement und Vernetzung notwendig auf dem Weg zu einer Kreislaufstadt. Gleichzeitig ist jetzt ein günstiger Zeitpunkt, um mit einer integrierten Strategie zur Kreislaufstadt zu starten. Die organisatorischen, fachlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen sind gegeben, die ersten Schritte gegangen. Denn, eine Stadt, die heute schon an morgen denkt, stellt sich nicht nur zukunftsorientiert auf – sie gestaltet aktiv die Voraussetzungen für lebenswerte, resiliente und ressourcenschonende Räume der Zukunft.

QUELLEN

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2021): Neue Leipzig-Charta – Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl. Bonn.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2023): Bauen im Bestand: Potenziale und Herausforderungen. Bonn.

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, (2024)
<https://www.bundesumweltministerium.de/themen/kreislaufwirtschaft/kreislaufwirtschaftsstrategie>

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2025)
<https://www.bmu.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/nachhaltigkeitsstrategie>

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2023): Bauwende umsetzen: Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft im Gebäudesektor. Berlin.

Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (2022): Kreislaufwirtschaft im Bauwesen – Grundlagen und Praxisbeispiele. Stuttgart.

Deutsches Institut für Urbanistik, <https://difu.de/projekte/kreislaufstadt-chancen-fuer-resilienz-und-wertschoepfung>

Deutscher Städtetag, https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Dezernat-1/HGF/2025/RS_DST_KoaV_Anlage_3_Kurzbewertung.pdf

Europäische Kommission (2025), https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de

Forum Nachhaltig Wirtschaften, <https://www.forum-csr.net/News/15295/Klimaschutz-trotz-klammer-Kassen.html>

Fraunhofer IBP (2021): Flexible Wohnformen: Anforderungen an zukunftsfähige Grundrisse. Stuttgart.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz (2023),
<https://www.rlp.de/themen/regierungsschwerpunkte/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsstrategie-rheinland-pfalz>

Mast, J. et al. (2022): R-Strategien als Leitlinien der Circular Economy, in Handmann, Uwe; Irrek, Wolfgang; Büttner, Sabine (Hrsg.): RETHINK - Impulse zur zirkulären Wertschöpfung. Enabling the Circular Economy. 1. Auflage, 25.05.2022. Bottrop.

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz (2021):
Energiebericht Rheinland-Pfalz. Mainz.

Stadt Amsterdam, <https://www.amsterdam.nl/en/policy/sustainability/circular-economy/>

Stadt Amsterdam <https://amsterdamdonutcoalitie.nl/projecten>

Stadt Bottrop, https://www.bottrop.de/wirtschaft/themenfelder-der-wirtschaftsfoerderung/circular_economy/kreislaufstadt/handlungskonzept.php

Stadt Frankfurt/Main, <https://frankfurt.de/themen/umwelt-und-gruen/umwelt-und-gruen-a-z/nachhaltigkeit/zero-waste-city>

Stadt Frankfurt/Main, <https://www.frankfurt-greencity.de/de/>

Stadtverwaltung Trier, <http://www.rathaus.trier.de/ai/vo020.asp?VOLFDNR=13491>

Stadtverwaltung Trier, <https://www.trier.de/File/2024-abschlussbericht-aktionsplan-entwicklungspolitik.pdf>

Stadtverwaltung Trier, <https://www.trier.de/umwelt-verkehr/klimaschutz/erneuerbare-energien/waermeplanung/bestandsanalyse/%20>

Statistisches Bundesamt (2023a): Abfallwirtschaft – Bau- und Abbruchabfälle 2022. Wiesbaden.

Umweltbundesamt (2018): Stoffkreisläufe und Stoffströme auf der regionalen und lokalen Ebene optimieren – Handlungsfelder, Fallbeispiele und Empfehlungen für Kommunen. Dessau-Roßlau.

Umweltbundesamt (2020): Lebenszyklusanalyse von Wohngebäuden. Dessau-Roßlau.

Umweltbundesamt (2022): Kreislaufführung von Baustoffen – Potenziale für Ressourcenschonung und Klimaschutz. Dessau-Roßlau.

Wagner-Endres, Sandra (2025): Die Stadt als Rohstofflager – Warum Städte zirkulär handeln sollten, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) Berichte 1/ 2025. Berlin.

Ansprechpartnerinnen

Nadja Driessen

Dr. Nicole Thees

Stadtverwaltung Trier

Stadtentwicklung | Statistik und Wahlen

Verwaltungsgebäude VIII

Gerty-Spies-Straße 3

54290 Trier



Telefon 0651 718 3121

statistik@trier.de

www.trier.de

Herausgeberin

Stadtverwaltung Trier

Am Augustinerhof

54290 Trier

07|2025 | 100 % Recyclingpaper | Druckfehler vorbehalten

Deckblatt – Bildquelle: <https://www.bobinet-quartier.de/wohnen/#neo>



Weitere Veröffentlichungen und Zahlen
zur Stadt Trier finden Sie über diesen
QR-Code